

Die griechische Hierarchie und die Ökumenische Bewegung

Wie ein Alpdruck scheint sich der Proselytismus auf die Gemüter in Griechenland gelegt zu haben. Wenn auch in ökumenischen Kreisen versichert wird, daß die Angelegenheit nicht solche Ausmaße hat, wie sie nach den angeblich aufgebauchten Darstellungen der Griechen erscheint, so sind die griechischen Beschwerden doch durchaus ernst zu nehmen. Tatsächlich ist nach dem zweiten Weltkrieg in Griechenland ein starkes Ansteigen der ausländischen „Missionen“ festzustellen, wobei Katholiken, Protestanten und Sekten beteiligt sind.

Unbehagen über die ausländische religiöse Propaganda

„Wo man sich auch hinwendet“, schrieb das Organ des Heiligen Synods, „sieht man Leute, die Traktate und andere Druckschriften verteilen. Diese stammen größtenteils aus dem Ausland, wo die Zentren der Sekten (Häresien) sind, die über unser Land einherfallen.“ Es sei Zeit, zu begreifen, daß die religiöse Toleranz keinesfalls dem Proselytismus Tür und Tor öffnen dürfe, der wie eine Fünfte Kolonne die Grundlagen der Nation unterminiere (Ekklesia, 1. 6. 58). Allgemein wird der Proselytismus als Gefahr nicht nur für den orthodoxen Glauben, sondern auch für die Integrität der nationalen Substanz empfunden. „Orthodoxos Skepsis“ (15. 3. 58), das Organ der Athener Theologieprofessoren, warnte vor staatlichen und polizeilichen Gegenmaßnahmen und forderte die Mobilisierung der in klösterlicher Abgeschiedenheit lebenden Archimandriten und anderer nichtbeschäftigter Kleriker. Die scharfe Sprache, die das Blatt gegen Stagnation, Indifferenz und mangelndes Verantwortungsbewußtsein richtet, machen es deutlich, daß die Angelegenheit Probleme aufwirft, die viel umfassender sind als die diskutierte Reaktion gegen den ausländischen Proselytismus. Aber in führenden Kreisen der Hierarchie sucht man Schutz bei den staatlichen Behörden. Die „Ekklesia“ vom 1. 6. 58 wies auf die Verfassungsbestimmungen hin, die den Proselytismus verbieten, und forderte, daß die Gleichgültigkeit der Zivilgewalt gegen die Umtriebe der ausländischen religiösen Propaganda aufhört.

Empfindlichkeit auch gegen die Katholiken

Auch die Polemiken gegen die unierten Katholiken, „die orthodoxe Art und Kleidung annehmen, um die Brüder zu täuschen“, sind sehr gereizt und sparen nicht mit scharfen Ausdrücken. „Orthodoxos Skepsis“ (August 1958) zeigte sich alarmiert von dem Versuch, bei den antiken Stätten von Delphi einen römisch-katholischen Kiosk zum Verkauf von Bildern und Propagandaschriften an die Besucher zu errichten. Mit Recht habe sich die Tagespresse gegen eine derartige Ausnutzung antiker Stätten gewandt. Die Kirche von Griechenland und die archäologischen Behörden seien verpflichtet, energisch gegen eine solche „entweihende“ Auslieferung heiliger Stätten zu protestieren, „unsere Kirche aber möge sich vor Augen halten, wie die fremde religiöse Propaganda arbeitet, und entsprechende Maßnahmen ergreifen“. Wenn man überhaupt nationale Stätten zu solchen Zwecken verwende, dann sei es ausschließliches Recht der Orthodoxen Kirche, die den Geist der griechischen Kultur mit dem Geist der

christlichen Lehre harmonisch vereine, während die „Westler“ der griechischen Zivilisation oft kalt und fremd gegenüberstünden.

Die ökumenische Relevanz des Problems

Zu dem Problem „Proselytismus und christliche ökumenische Bewegung“ nahm der einflußreiche Metropolit Irenäus von Samos in der „Ekklesia“ vom 1. 6. 58 Stellung. Er ist einer der konsequentesten Kritiker der Beteiligung der Orthodoxen Kirche in der Ökumenischen Bewegung. Das Gewicht seiner Stimme zeigte sich, wie erinnerlich, bereits in der Annahme seiner Forderung hinsichtlich eines Rückzuges der Hierarchie aus jeder ökumenischen Arbeit (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 23).

Der Metropolit sieht einen Widerspruch darin, daß die Mitglieder der protestantischen (sic) Ökumenischen Bewegung einerseits um die Mitarbeit der Orthodoxen werben, andererseits aber sich freie Hand hinsichtlich des Proselytismus vorbehalten, den sie eben nicht nur unter sich, sondern auch zur Gewinnung der orthodoxen Gläubigen betreiben. Diese Haltung ist vom Standpunkt der Orthodoxie allein deshalb nicht akzeptierbar, da sie glaubt, die Fülle der Wahrheit zu besitzen; aber Metropolit Irenäus versucht, dem Weltrat der Kirchen mit einem anderen Argument beizukommen. Die Protestanten im Weltrat halten den Proselytismus für ein Grundrecht jedes Christen, um Zeugnis zu geben von seiner jeweiligen christlichen Erfahrung. Mit dieser Auffassung könne aber der Weltrat mit seinen 170 christlichen Sekten („Häresien“) niemals eine Einheit bilden. Wenn Europa nicht zur Einheit finden könne, liege es an dem Mangel an einem gemeinsamen geistigen Gut, das eine religiöse Erfahrung im Schoße einer gemeinsamen Zuwendung zu Gott voraussetzt, „die das Bewußtsein der Völker regiert und sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung leitet“. Der Metropolit warnt die Führer der Ökumenischen Bewegung vor dem Bestreben, mit den von ihnen vertretenen 250 Millionen Protestanten eine der römisch-katholischen Kirche ebenbürtige, als Gegengewicht zu ihr dienende Organisation bilden zu wollen. Der Versuch sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die römische Kirche mit der Disziplin ihrer 450 Millionen Gläubigen und ihrem festen hierarchischen Zusammenhalt eine geschlossene, einheitliche Geistesmacht darstelle, der Weltrat sich aber mit dem gesamten Protestantismus im Zustande permanenter Zersetzung befände, da kein Kirchen-Bewußtsein vorhanden sei.

Der Mangel an ekklesiologischem Bewußtsein zeige sich in der abstrakten dogmatischen Basis des Weltrats; der Verfasser unterzieht sie erneut einer scharfen Kritik. Das Fehlen des Trinitätsdogmas in der „Basis“ verrät das Mißverständnis und die Nichtanerkennung der Kirche, ihrer Rolle im Heilswerk Christi, das sich nicht nur in edle Moralprinzipien transponiert, sondern seinen Höhepunkt in Kreuz und Auferstehung hat und sich für alle Zeiten im inneren Leben der Kirche fortsetzt. Ebenso wie sie das Wirken des Heiligen Geistes in der Kirche verkennen, begreifen die Protestanten nicht die ontologische Realität der Kirche als Gottmenschheit. Nur bei den alten apostolischen Kirchen kann der Protestantismus das Verlorene wiederfinden, insbesondere das Bischofsamt, das unerläßlich ist zur Gewinnung eines wahren Kirchenbewußtseins. Eindringlich weist der Verfasser darauf hin, daß die Ökumenische Bewegung die von ihr erstrebte

internationale Geltung und den entsprechenden Einfluß nur dann erreichen kann, wenn ihre zahlreichen Gruppen zu den fundamentalen Dogmen der wahren Kirche zurückkehren, letzten Endes zum Dogma der Einen, Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche, „wie sie existiert und lebt mit der Gegenwart des Heiligen Geistes in ihr“.

Im Lichte dieser Erwägungen sieht der Metropolit den von den Protestanten ausgeübten Proselytismus nicht nur als Gefahr für die orthodoxe Kirche, sondern er versucht, ihn gerade als das hinzustellen, was das vom Welttrat intendierte Werk eines Zusammenschlusses zu gemeinsamer internationaler Aktion prinzipiell in Frage stellt.

Griechischer Protest vor dem Zentralauschuß in Nyborg

Die schwere Belastung, die der protestantische Proselytismus für die ökumenischen Beziehungen der Kirche von Griechenland bedeutet, dokumentierte sich erneut in einem Diskussionsbeitrag von Professor P. Bratsiotis über die religiöse Freiheit und den Proselytismus auf der Sitzung des Zentralaussschusses des Weltrats der Kirchen am 23. 8. 58 in Nyborg. Bratsiotis warnte vor einer Identifizierung der religiösen Freiheit mit dem Proselytismus unter den christlichen Konfessionen und Kirchen. Das dem Proselytismus zugrunde liegende evangelische Gebot, in die Welt zu gehen und zu taufen, sei nur auf Heiden, keinesfalls auf Christen anzuwenden. Die Aufgabe jeder Kirche liege darin, die Nichtchristen, das heißt die falschen Christen, innerhalb ihrer Gemeinschaft selbst zum Glauben zurückzuführen, und jede Kirche habe dazu reichliche Wirkungsmöglichkeit, ohne Konvertiten von anderen Kirchen zu machen. Wer die Mitglieder anderer Kirchen für Heiden oder Ungläubige hält, mißverstehe das Evangelium und den Geist christlicher Liebe. „Auf dieser Grundlage bestehen wir darauf, daß unter den Mitgliedskirchen des Weltrats kein Proselytismus getrieben werden darf“ (vgl. Minutes and Reports, S. 12). Soweit das Protokoll von Nyborg. Der Text des Diskussionsbeitrags von Prof. Bratsiotis, den die „Ekklesia“ vom 15. 10. 58 veröffentlichte, enthält aber noch einen konkreten Hinweis zur Verdeutlichung der griechischen Beschwerden. Bratsiotis protestiert hier gegen die Tätigkeit der sogenannten „Mission for Greece“, die in den USA arbeitet, „als ob Griechenland ein heidnisches oder nichtchristliches Land sei!“ (fehlt in Minutes a. a. O.).

Stellung zur Ökumenischen Bewegung seit Lund und Evanston

Schon seit der Weltkonferenz von Amsterdam fühlten sich die Griechen im Weltrat nicht recht wohl (vgl. vor allem den Bericht „Die Orthodoxen in Evanston“, in Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 183—189). Metropolit Irenäus selbst hatte noch an der Amsterdamer Konferenz teilgenommen. Zu der „Faith and Order“-Konferenz in Lund 1952 erschien bereits kein Bischof der Kirche von Griechenland mehr; ebenso fehlte die Hierarchie des griechischen Mutterlandes — im Unterschied zu der dem Patriarchen von Konstantinopel unterstellten — auf der zweiten Vollversammlung des Weltrats in Evanston 1954.

Es ist bekannt, daß sich die Mehrzahl der griechischen Bischöfe im Heiligen Synod seit langem von der Ökumenischen Bewegung zu distanzieren suchte, der im März 1956 verstorbene Erzbischof von Griechenland, Spiridon, aber einen entsprechenden offiziellen Beschluß des Synods

verhindert hatte. Ferner hatte das Synodalkomitee für die Beziehungen zum Weltrat der Kirchen den Synod aufgefordert, die Initiative zur Durchsetzung einer Änderung der dogmatischen Basis des Weltrats zu ergreifen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 22). Die erste Forderung — Rücknahme der Hierarchie aus der ökumenischen Arbeit — wurde schließlich unter dem Nachfolger Spiridons, dem Erzbischof Dorotheos, durch den Synodalbeschluß vom 20. 3. 1957 verwirklicht, nur noch Laientheologen zu den ökumenischen Konferenzen und in die Ausschüsse zu delegieren (ebd. S. 23). Wir haben seinerzeit darauf hingewiesen, daß der entsprechende Vorschlag vor allem vom Metropoliten Irenäus ausgegangen war. Eine ähnliche Rolle scheint jetzt der oben referierte Artikel des Metropoliten gespielt zu haben. Zwei Monate nach seiner Veröffentlichung protestierte der griechische Vertreter auf der Tagung des Zentralaussschusses in Nyborg energisch gegen den Proselytismus, und die Bischofssynode der Kirche von Griechenland betonte Anfang Dezember in einer Botschaft, die ihre 104. Sitzungsperiode abschloß, daß auch das Mandat der zu den ökumenischen Konferenzen entsandten Laientheologen begrenzt sein müsse, solange die protestantische Welt ihre Propaganda auf Kosten der orthodoxen Christenheit nicht einstelle.

Die Auseinandersetzung in der griechischen Bischofssynode

Der Abfassung der Botschaft ging hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis zur Ökumenischen Bewegung eine Diskussion voraus, die sich vor allem zwischen den Metropoliten Irenäus von Samos und Panteleimon von Saloniki abspielte. Der Synod hat sich schließlich die mehr konservative Auffassung des Metropoliten Irenäus zu eigen gemacht. Hinter dem Metropoliten Panteleimon stehen alle Befürworter des Weltrats und der Ökumenischen Bewegung, besonders die Laientheologen.

Referat des Metropoliten Irenäus

Soweit die im Referat des Metropoliten Irenäus vor der Versammlung der Hierarchie vorgetragenen Gesichtspunkte bereits in seinen oben berichteten Darlegungen enthalten sind, brauchen sie hier nicht wiederholt zu werden. Grundsätzlich ist nach Metropolit Irenäus eine Diskussion über die dogmatischen Unterschiede zwischen den Kirchen und Konfessionen nicht geeignet, zur Verständigung und zu einem harmonischen Zusammenleben zu führen. Annäherung und Freundschaft der Christen untereinander ist nur in der Behandlung *praktischer* Fragen möglich. In der Tat kann das Christentum trotz aller dogmatischen Verschiedenheiten zur Lösung der großen Probleme beitragen, die die Völker mit Sorge erfüllen; es kann den Frieden zwischen den Völkern auf der Grundlage des Glaubens an den Menschen als höchsten Wert erreichen. Wenn aber die östliche orthodoxe Kirche unüberwindliche Schwierigkeiten hat, an den Arbeiten des Weltrats als organisches Mitglied teilzunehmen, so liegt es daran, daß die Protestanten im Weltrat bei der Festsetzung der ihnen zur Vereinigung dienenden dogmatischen Basis Christus von der Heiligen Trinität trennen und nicht begreifen, daß damit Christus seines göttlichen Wesens und seiner göttlich-menschlichen Eigenschaft beraubt wird. Aus der Tatsache, daß alle orthodoxen Vorschläge zur Vervollständigung der dogmatischen Basis

(Amsterdam, Evanston und neuerdings) abgelehnt wurden, ergibt sich, daß die führenden Protestanten im Weltrat die Teilnahme der Orthodoxen nur wünschen, damit der ökumenische Charakter ihrer Bewegung gewährleistet bleibt. Um ihre Stellung und ihr Gewicht nicht zu gefährden und um sich gegen den Vorwurf zu sichern, die Wahrheiten des orthodoxen christlichen Glaubens außer acht zu lassen, darf sich die Kirche von Griechenland im Weltrat nur durch Laien theologen vertreten lassen. Eine prinzipielle Entscheidung müßte durch einen panorthodoxen Ausschuß herbeigeführt werden; dann wäre auch das Argument mancher Orthodoxer aus dem Wege geräumt, daß die griechische Kirche wesentlich aus politischen Erwägungen im Weltrat mitarbeitet.

Referat des Metropoliten Panteleimon

Auch Metropolit Panteleimon von Saloniki sieht im Weltrat einen praktischen Zweck. Der Weltrat ist keinesfalls eine Gemeinschaft (koinonia) der Kirchen, sondern ein „Rat“ mit lediglich beratenden, nicht administrativen Funktionen. Immer wird bei wichtigen Fragen die orthodoxe Meinung mit Achtung und Interesse gehört. Die orthodoxe Kirche stand anderen Kirchen nie intolerant gegenüber, und die römisch-katholische Haltung absoluter Nichtbeteiligung an ökumenischen Bewegungen erscheint ihr unhaltbar. Würde sie sich aus der Ökumenischen Bewegung zurückziehen, dann würde eine eventuelle gemeinsame dogmatische Grundlage der verbleibenden Protestanten höchstwahrscheinlich viel mehr „links“ bestimmt sein. Die Teilnahme der orthodoxen Kirche stützt die „katholischen“ Elemente im Protestantismus, allein deshalb ist ihre Mitwirkung gerechtfertigt, wenn sie — wie jetzt — darum gebeten wird.

Sehr bemerkenswert war, daß Metropolit Panteleimon den Weltrat gegen den Vorwurf in Schutz nahm, die protestantische Propaganda in Griechenland zu begünstigen. In Wahrheit hätten die beteiligten Kreise mit dem Weltrat meistens nichts zu tun. Der dogmatischen Argumentation seines Opponenten im Prinzip beipflichtend, erinnerte der Metropolit daran, daß er selbst, mit Unterstützung von Karl Barth, die Erweiterung der Basis des Weltrats um die Formel „das Fleisch gewordene Wort Gottes“ oder „Gott-Heiland, wie Ihn das Nizäische Glaubenssymbol bekennt“, vorgeschlagen habe. Doch seien die Vorwürfe des Metropoliten Irenäus gegen den Weltrat insofern ungerechtfertigt, als sich keines seiner Mitglieder gegen das Trinitätsdogma wende. Ja der Glaube an Christus als Gott und Heiland schließe das Trinitätsdogma ein. Diejenigen, die dieses Dogma nicht anerkennen, bekennen sich nur zu Gott Vater und leugnen die göttliche Natur Christi und seine Eigenschaft als zweite Person der Heiligen Dreieinigkeit. Die dogmatische Grundlage des Weltrats bezwecke gerade den Ausschluss aller derer, die das Trinitätsdogma nicht anerkennen.

Die aus dem Gesagten gefolgerte Rechtfertigung einer Mitarbeit der autokephalen orthodoxen Kirchen im Weltrat darf, wie der Referent sagte, nicht nur durch Laien, sondern muß auch durch Geistliche getragen werden. Die Laien nehmen ja ihrerseits nicht in privater Eigenschaft, sondern als Vertreter ihrer Kirche teil, mit deren Praxis jedoch die Geistlichen oft besser verflochten sind. Das gemeinsame Gebet im Weltrat ist kein Hindernis; die kanonische Praxis enthält dafür viele Beispiele. Letzten Endes ist beispielweise die Trauung zwischen

einem Orthodoxen und einem Heterodoxen viel mehr, da der Heterodoxe an einem orthodoxen Sakrament teilnimmt.

Die Botschaft der griechischen Hierarchie

Die „Botschaft der Heiligen Synode der Hierarchie der Kirche von Griechenland an das fromme griechische Volk“ (Ekklesia, 20. 12. 58; vgl. auch Ökumenischer Pressedienst Nr. 46 vom 12. 12. 58) äußert sich in den Abschnitten 3 und 6 zur heterodoxen Propaganda und zum Verhältnis zum Weltrat. Sie vollzieht hierin die längst geforderte Initiative hinsichtlich der dogmatischen Frage. Was bisher von einzelnen Hierarchen und wiederholt von den einzelnen griechischen Vertretern in der Ökumenischen Bewegung vorgebracht wurde, wird nun offiziell im Namen der gesamten Hierarchie gesagt (und dies ist der weitere Schritt in der Entwicklung unter der Amtsführung des neuen Erzbischofs Theoklit, des Nachfolgers des am 26. 7. 57 verstorbenen Erzbischofs Dorotheos). Die Zurückhaltung der Kirche von Griechenland in bezug auf die Konferenzen der protestantischen (sic!) Ökumenischen Bewegung hängt damit zusammen, heißt es, daß die Führer der verschiedenen Zweige des Protestantismus, *in der Absicht, zur Vereinigung aller protestantischen Schößlinge eine für alle annehmbare dogmatische Basis aufzustellen*, in dieser die Heilige Dreieinigkeit, „den wahren christlichen Gott“, nicht erwähnen (vgl. zu dem von uns kursiv gesetzten Teil des Satzes seine ursprüngliche Fassung unten in der Antwort des Genfer Generalsekretariats). Darum habe die Kirche von Griechenland beschlossen, nur noch Theologieprofessoren teilnehmen zu lassen, deren Aufträge jedoch angesichts der protestantischen Propaganda beschränkt sein müßten (vgl. oben).

Die Kirche von Griechenland, so stellt die Botschaft klar, habe nur in den Fragen *praktischer* Art mit der im Weltrat der Kirchen vertretenen protestantischen Weltbeziehungen unterhalten. Der Protestantismus sei in Hunderte von Konfessionen und Sekten getrennt und entbehre einer gemeinsamen führenden Autorität, weil jeder seinen eigenen Glauben und sein eigenes Zeugnis nach Maßgabe seiner eigenen Vernunft bestimmt. „Die verschiedenen protestantischen Konfessionen und Sekten bezeichnen sich selbst als Kirchen, ohne daß sie den Grundcharakter dieser göttlichen Institution haben.“

Mit Besorgnis stellt die Botschaft die Gefahr fest, die der Einheit des völkischen Bewußtseins durch den nicht nur mit publizistischen, sondern mit wirtschaftlichen Mitteln, Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung arbeitenden Proselytismus droht, der die armen Volksschichten der orthodoxen Kirche zu entfremden suche und sich weder um die staatlichen Gesetze noch um die schädlichen Auswirkungen auf den Zustand der orthodoxen Kirche kümmere. Die Grenze der verfassungsrechtlich garantierten Gewissensfreiheit ist nach Ansicht der Bischöfe dann erreicht, wenn heterodoxe religiöse Überzeugungen in *organisierter* Form an das Volk herangetragen werden und ihre Propagandisten versuchen, das geistige Fundament des griechischen Volkes zu unterminieren. Dann sei es Pflicht des Staates, einzuschreiten.

Um die volle Tragweite und Resonanz dieser Botschaft in der griechischen Kirche würdigen zu können, wird man die zweifellos nicht ausbleibende Stellungnahme der Gruppe der Athener Theologieprofessoren abzuwarten haben. In der ablehnenden Haltung gegen den ausländi-

schen Proselytismus sind sich im Grunde alle kirchlichen Kreise einig, nicht aber hinsichtlich der dogmatischen Vorbehalte gegenüber dem Weltrat und nicht hinsichtlich der zu ziehenden ökumenischen Konsequenzen. Wohl ist bisher keine Stimme laut geworden, die den totalen Auszug der Kirche von Griechenland aus dem Weltrat forderte. Allgemein erwartet man konkrete Maßnahmen zur Abstellung der ausländischen Propaganda, die über die bisherigen, die Sache verharmlosenden Erklärungen ökumenischer Kreise hinausgehen (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 186). Wie Metropolit Panteleimon betonte, verlangt die Orthodoxe Kirche keineswegs die Beseitigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Griechenland, sondern nur die Einstellung eines mit unerlaubten und von ihr als sittenwidrig betrachteten Mitteln betriebenen Proselytismus. Es geht der griechischen Kirche um die Bewahrung der national-religiösen Geschlossenheit, um die Erhaltung des „christlich-griechischen Bewußtseins“. Darüber hinaus betrachten aber die meisten Orthodoxen jegliche religiöse Propaganda der christlichen Kirchen und Konfessionen untereinander als dem Geist christlicher Liebe und gesamtchristlicher Solidarität widersprechend.

Die Antwort des Genfer Generalsekretariats

Das Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen hat den theologischen Angriff der griechischen Hierarchie im Ökumenischen Pressedienst (Nr. 46 vom 12. Dezember 1958) beantwortet. Diese publizistische Antwort besteht aus zwei Teilen. Der erste ist eine Meldung aus Athen, die einen Auszug aus der Botschaft der Hierarchie der Kirche von Griechenland gibt. Der Abschnitt über ihre Beziehungen zum Weltrat ist jedoch auffallend kurz und lautet:

„Wenn unsere Kirche in bezug auf ihre Beteiligung an den Konferenzen der protestantischen Ökumenischen Bewegung Zurückhaltung übt, so tut sie das, weil die protestantischen Führer in der Basis des Ökumenischen Rates — mit der Absicht, auch anti-trinitarische Kirchen aufzunehmen — die Heilige Dreieinigkeit, den wahrhaft christlichen Gott, nicht erwähnt haben. Aus diesem Grunde hat die Hierarchie beschlossen, sich an den Konferenzen des Ökumenischen Rates nicht durch Priester vertreten zu lassen, sondern nur durch Laientheologen. Auch deren Mandat müsse begrenzt bleiben, solange die protestantische Welt ihre Propaganda auf Kosten der orthodoxen Christenheit nicht einstelle.“

Wie man ersehen kann, ist diese Wiedergabe der schwerwiegenden dogmatischen Argumente der griechischen Botschaft unvollständig. Aber der Satz, den wir herausgehoben haben, stellt die ursprüngliche Fassung eines Vorwurfes dar, der sicher unzutreffend ist und an der Sache vorbeizieht. Die griechische Hierarchie hat daher auf den nachstehenden Protest aus Genf hin den Satz berichtet, so wie er oben (S. 261) gemeldet worden ist. Die Stellungnahme des Genfer Sekretariats beschränkt sich im wesentlichen auf die Zurückweisung einer unhaltbaren Verdächtigung. Sie lautet:

„Die Botschaft der Hierarchie der Kirche von Griechenland bezieht sich auf die Basis des Ökumenischen Rates der Kirchen, d. h. den Artikel unserer Verfassung, in dem es heißt: ‚Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen.‘ Diese ‚Basis‘ wurde

von der Bewegung für Glaube und Kirchenverfassung übernommen. Ursprünglich formuliert wurde sie von dem Allgemeinen Konvent der Protestantischen Episkopal-Kirche in den USA auf seiner Versammlung im Jahre 1910. Die Einladungen zu den Weltkonferenzen für Glaube und Kirchenverfassung in Lausanne und Edinburgh wurden auf dieser Grundlage ausgeschickt. Die einzigen Kirchen, die die Einladung ablehnten, weil sie die Basis für unannehmbar hielten, waren solche, die einen unitarischen Standpunkt vertreten.

Die Vollversammlung von Evanston nahm eine Erklärung über das Wesen und die Funktion dieser ‚Basis‘ an, in der es ausdrücklich heißt: ‚Indem sie sich zusammenschließen, suchen die Kirchen auf den Ruf und das Tun ihres göttlichen Herrn Antwort zu geben. Der Ökumenische Rat muß deshalb aus Kirchen bestehen, die den Herrn als die zweite Person der Dreieinigkeit anerkennen.‘

Es ist deshalb klar, daß die Aussage, die Heilige Dreieinigkeit sei in der Basis des Ökumenischen Rates nicht erwähnt, um anti-trinitarische Kirchen zu gewinnen, auf einem schweren Mißverständnis beruht.“

Soweit die Genfer Verlautbarung. Der letzte Satz weist in der Tat eine irriige Unterstellung zurück. Aber er erklärt nicht das echte Mißtrauen der griechisch-orthodoxen Hierarchie, das in der berichtigten Fassung bleibt, und dieses Mißtrauen ist begründet. Das ergibt sich aus der Vorgeschichte des Ringens um die bessere Formulierung der „Basis“, die ein eindeutiges trinitarisches Bekenntnis darstellen sollte. Die Herder-Korrespondenz hat über diese Auseinandersetzung des öfteren berichtet, und wir müssen hier nochmals daran erinnern und einiges nachtragen.

Aus der Diskussion um die „Basis“

Aus der seit der Gründungsversammlung von Amsterdam (1948) im Gang befindlichen Diskussion um die „Basis“ ist zunächst erwähnenswert, daß sich der Zentralausschuß des Weltrates 1953 in Lucknow mit dem Gutachten einer 1951 eingesetzten Kommission befaßt hatte, die aus dem amerikanischen Kongregationalisten Douglas Horton (seit 1957 Vorsitzender der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung), dem Orthodoxen Georges Florowsky und dem Lutheraner Bischof Anders Nygren bestand. Sie gab eine Interpretation der „Basis“, die später in die oben erwähnte Erklärung der Vollversammlung von Evanston eingegangen ist. Es heißt darin zum Schluß: „Jede Kirche, die dem Weltrat beitrifft, muß deshalb ernstlich darüber nachdenken, ob sie an einer Gemeinschaft mit dieser ganz bestimmten Basis beteiligt zu sein wünscht. Auf der anderen Seite würde der Weltrat der Kirchen die Grenzen, die er sich selber gesetzt hat, überschreiten, wollte er darauf aus sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob eine bestimmte Kirche die Basis wirklich ernst nimmt. Es bleibt die Verantwortung jeder Kirche, selbst darüber zu entscheiden, ob sie die Basis des Rates aufrichtig annehmen kann“ (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 454).

Seinerzeit wurde hier darauf hingewiesen, daß diese die dogmatische Unsicherheit des Weltrates zugebende Erklärung darüber schweigt, daß z. B. bei den Mitgliedskirchen des „Nationalrates der Kirchen Christi“ in den USA erhebliche Abweichungen von der „Basis“ des Weltrates vorliegen, die sich gegen die von den Orthodoxen geforderte Bezeichnung „Gott“ für Christus richten. Um

aber auch griechisch-orthodoxe Emigrationskirchen in den Nationalrat aufzunehmen, hatte man sich entschlossen, anstelle der Formel: „Jesus Christus als Herr und Heiland“, die Kompromißformel: „Jesus Christus als göttlicher Herr und Heiland“ anzunehmen (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 351). Diese dogmatische Schwierigkeit für viele, besonders amerikanische Mitgliedskirchen des Weltrates, die „Basis“ im Sinne der altkirchlichen Bekenntnisse zu verstehen, spiegelten sich auch darin wieder, daß für Evanston einige Abänderungsanträge vorlagen, darunter ein Antrag der Quäker, die (nach Algermissen, „Konfessionskunde“, 7. Aufl., S. 781 f.) zwar in ihrer Frühgeschichte ein trinitarisches Bekenntnis kennen, aber ihren Mitgliedern keine Bekenntnisverpflichtung auferlegen. Sie forderten daher eine Einschränkung der „Basis“ auf die Formel „Jesus Christus als Herr“, wobei das griechische „Kyrios“ nicht als kultischer Gottestitel deutlich wird. Ein holländischer Antrag forderte: „Jesus Christus, unser Herr und Heiland.“ Zu diesen Anträgen sagte damals Professor Douglas Horton korrekterweise: „Obwohl die erste und dritte Person der Trinität in die Anerkennung der zweiten Person mit eingeschlossen ist, reicht es nicht aus, ihnen einen Status des Impliziten zu weisen. Es ist meine Überzeugung, daß es keinen Ersatz für eine trinitarische Formel geben kann. Die Weisheit der ersten christlichen Jahrhunderte kann in diesem Punkte nicht überboten werden.“ Er schlug für Evanston die Annahme folgender Formel vor: „Die Kirchen bekennen ihren Glauben an Gott, den allmächtigen Vater, an Jesus Christus, seinen eingeborenen Sohn, unseren Herrn, und an den Heiligen Geist“, also praktisch das Apostolicum. Um so merkwürdiger, daß dieser Vorschlag nicht durchging, sondern die Sache auf die lange Bank geschoben wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 454).

„Das absolute Desaster“

Warum aber diese Scheu vor einer Behandlung der christologischen Basis, über die wir anlässlich der Tagung des Zentralaussschusses des Weltrates der Kirchen in New Haven 1957 schon berichtet hatten? (Vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 224.) Darüber gibt das Protokoll der

Sitzung des Zentralaussschusses von New Haven (Minutes and Reports of the tenth meeting . . ., Genf 1957, S. 65—69) eine ganze Reihe erschreckender Auskünfte. Es wurde lang und breit darüber beraten, ob man den verschiedenen Anträgen auf Änderung der Basis stattgeben und eine offizielle Verhandlung darüber beginnen solle. Es wurde beschlossen, das zu unterlassen, obwohl allgemein zugegeben wurde, daß die Basis unbefriedigend ist. Man fand, es sei noch viel zuwenig bekannt, welche dogmatischen Positionen die einzelnen Mitgliedskirchen einnehmen. Der Versuch einer Diskussion würde „eine Büchse der Pandora“ öffnen (der anglikanische Bischof Knox Sherrill).

Im übrigen interessiere die Basis höchstens den Zentralaussschuß, „aber die breite Masse unserer Kirchen weiß doch kaum, daß es überhaupt einen Weltrat der Kirchen gibt“, noch viel weniger, was für eine Basis er hat. Selbst Professor Florowsky und der deutsche Lutheraner Ernst Kinder widerrieten dem Experiment einer Abänderung; und Bischof Leslie Newbigin stellte fest, daß folglich der Weltrat der Kirchen mehr durch pragmatische Ideen als durch den Glauben zusammengehalten werde. Der Erzbischof von Canterbury, G. Fisher, meinte, man würde mit der Zeit in dogmatischen Fragen mehr zusammenwachsen, aber „eine Debatte über die Basis wäre das absolute Desaster für den Weltrat der Kirchen“!

So wurde die Sache auf den Zentralaussschuß von 1958 in Nyborg verschoben, und von dort weiter auf die nächste Vollversammlung im Jahre 1961. Diese Kalamität will die griechisch-orthodoxe Kirche nicht länger mitmachen. Es geht also nicht darum, daß der Weltrat durch dogmatische Zweideutigkeiten unitarische Gemeinschaften gewinnen will, sondern er darf es nicht wagen, ein klares christologisches und trinitarisches Bekenntnis zu formulieren, weil in seinen Mitgliedskirchen trotz formeller Beibehaltung eines halbwegs trinitarischen Bekenntnisses eine christologische Anarchie herrscht, die zugedeckt werden muß. Ob man auf solch unsicherem dogmatischem Boden fruchtbar weiterarbeiten kann, darüber kann es wirklich verschiedene Meinungen geben. Die katholische Meinung war von jeher eindeutig.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BISER, Eugen. *Abgestiegen zur Hölle. Versuch einer aktuellen Sinndeutung.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 9 Heft 3, S. 205—212, und Heft 4, S. 283—293.

Der 1. Teil dieses dankenswerten und mutigen Aufsatzes leitet von der kirchlichen Interpretation des 4. Glaubensartikels zur existentiellen Anknüpfung beim Verständnis der Menschwerdung Gottes. Der 2. Teil deutet das „Abgestiegen zur Hölle“ schlicht, aber überzeugend als Abstieg in den Bereich der *humanitas deformata*, deren Signatur u. a. eindrucksvoll aus moderner Literatur belegt wird.

JAGU, A. *Saint Paul et le Stoicisme.* In: Revue des Sciences Religieuses Jhg. 32 Nr. 3 (Juli 1958) S. 225—250.

Diese vergleichende Studie der paulinischen Briefe und der stoischen Philosophie zeigt, daß Paulus letztere genau kannte, daß er ihre Thematik und ihre Begriffe verwendet hat, um sie in seinen moraltheologischen Paränesen für den Entwurf eines christlichen Lebens nutzbar zu machen, und daß er dabei auch die leiseste Verfälschung des Evangeliums vermieden hat. Es ist sowenig hellenistisch wie nur möglich, weil sein Evangelium keine Philosophie ist, sondern auf einer geschichtlichen Tatsache beruht und eine Torheit ist: Gottes Sohn am Kreuz.

MÖRSDORF, Klaus. *Die kirchliche Eheschließungsform nach dem Selbstverständnis der christlichen Bekenntnisse.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 9 Heft 4, S. 241—256.

Diese rechtsvergleichende Untersuchung beginnt mit einem Vergleich der Trauliturgien bzw. Trauriten des Rituale Romanum usw. mit den lutherischen, reformierten, anglikanischen und ostkirchlichen Trauriten, von denen die Ausbildung der Rechtsform zu unterscheiden ist. Der Aufsatz geht anhand neuester Literatur auf die Schwierigkeiten ein, in die der Zwang zur Zivilehe die evangelischen Trauordnungen gebracht hat, da diese die rechtliche Eheschließung dem Staat überlassen.

RIET, Georges van. *Idéalisme et Christianisme.* In: Revue Philosophique de Louvain Tome 56 (August 1958) S. 361—428.

Diese philosophische Kritik der „Philosophie der Religion“ von M. Henry Duméry legt ihre Abhängigkeit von Blondel, Plotin und Husserl bloß und erklärt aus diesen existentialistischen bzw. idealistischen Ansätzen die Schwierigkeiten, die Duméry mit der Erklärung der positiven christlichen Offenbarung hat.

TRÉMEL, Yves-Bernard, OP. *Dieu et Mammon.* In: Lumière et Vie. Bd. 7 Nr. 39 (Oktober 1958) S. 9—31.

Zur Einführung einer Serie von Untersuchungen über das Geld, die die dominikanische Zweimonatsschrift in dieser und der nächsten Nummer bringt, gibt P. Trémel eine tiefgehende Analyse der Lehre der Evangelien und Apostelbriefe über Reichtum und Besitz. Der „Mammon der Ungerechtigkeit“ steht gegen Gott, wenn er zum obersten Ziel des Menschen wird; seine wahre Aufgabe ist der Dienst für Gott und am Nächsten, wodurch auch der Mammon zum Heil verwandt werden kann.